ALBSTADT

DRUCKSACHE

Nr. 090/2020

Amt für Familie, Bildung, Sport und
Soziales
Ilch, Andreas
04.05.2020

Betrifft: Sozialer Dienst in Albstadt - Jahresbericht 2019

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Ö/NÖ	Zuständigkeit	Ergebnis
Ausschuss für Soziales, Kultur, Schule und Sport	19.05.2020	Ö	Kenntnisnahme	

Beschlussvorschlag

Der Bericht des Sozialen Dienstes zum ersten Jahr seiner Tätigkeit wird zur Kenntnis genommen

Finanzielle Auswirkungen

Produktgruppe/Produkt/Projekt:

407002

Bezeichnung:

Sozialer Dienst

Aufwendung/Auszahlungen:

0 Euro

Finanzierung:

Planansatz Haushaltsjahr:

Euro

Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr:

Euro

über- /außerplanmäßige

Aufwendungen/Auszahlungen:

Euro

Haushaltsmittel gesamt:

Euro

davon lt. Haushaltsplan für diese

Maßnahme vorgesehen:

Euro

Haushaltsmittel:

stehen zur Verfügung stehen nicht zur Verfügung stehen nur in Höhe von Euro zur Verfügung

Deckungsvorschlag:

Sachverhalt

Bis zum Jahr 2005 war die Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom Landkreis auf die Stadt delegiert. Im Zuge dessen und weil in einer Stadt mit rund 46.000 Einwohnern entsprechende soziale Probleme einhergehen (z.B. Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt in Familien oder zerfallende Familienstrukturen), wurden zwei Vollzeit-Stellen im Sozialen Dienst geschaffen. Integriert waren die IAV-Stelle, die Betreuung von Obdachlosen und Asylanten.

Nach Rückgabe der Delegation – Ursache war die Gesetzesänderung im SGB II und XII – wurden beide Stellen bis zum jeweiligen rentenbedingten Ausscheiden der MitarbeiterInnen in 2009 und 2010 weitergeführt. Die IAV-Stelle wurde durch den Pflegestützpunkt in 2011 ersetzt. Im Übrigen fielen die Stellen weg, sodass die Problemfälle bei diversen soziale, caritative und kirchliche Institutionen und Einrichtungen oder bei Polizeidienststellen in Albstadt aufschlugen, die nicht immer eine Lösung fanden, geschweige denn einen Hilfeplan aufstellen konnten.

Mehr und mehr entwickelte sich ein Pool von Menschen, die durch das soziale Raster fielen oder zu Reisenden zwischen den kirchlichen Beratungsstellen mutierten.

Die Leitungen unterschiedlichster Institutionen traten immer öfter an die Stadt heran, eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen.

Ein Sozialer Dienst wird benötigt für:

- Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Personen (beinhaltet auch Räumungsklagen)
- Hilflöse, kranke, verwirrte und verwahrloste Personen (Ausnahme: pflegebedürftige Personen werden vorrangig über den Pflegestützpunkt beraten).
- Sonstiges Klientel mit sozialen Problemen und Beratungsbedarf

Im April 2014 beschloss der Gemeinderat, neben einer 100 % - Stelle für die Betreuung von Asylanten und Flüchtlinge, die vom Landkreis bezahlt wurde, auch eine 50 % Personalkraft für die oben genannten Bereiche einzusetzen. Zum 01.01.2015 wurde Mischa Hamann für die Betreuung von Asylanten und Flüchtlinge eingestellt, der die oben genannten Aufgaben mit abdeckte. Das Beschäftigungsverhältnis von Herrn Hamann endete vorzeitig zum 30.09.2016, weil der Landkreis die Betreuung der Asylanten und Flüchtlinge neu regelte. Durch die tägliche Arbeit von Herrn Hamann, aber auch durch vermehrte Fallkonstellationen nach Beendigung seiner Tätigkeit, wurde deutlich, wie wichtig ein Sozialer Dienst für die Stadt ist.

Zum 01.04.2019 wurde die Stelle „Sozialer Dienst“ mit Frau Susanne Andres-Reischle daher neu besetzt.

Die Stadt nimmt umfangreiche soziale Aufgaben wahr.

Dem Sozialen Dienst kommt die Aufgabe der sozialen Betreuung und Beratung in allen Lebenslagen zu. Es muss sich dabei um eine individuelle Arbeit handeln, die sich an der Problematik des Einzelnen orientiert (allgemeine Fragen, Wegweiser-Beratung, sozialpädagogische und sozialtherapeutische Beratung, methodische Sozialarbeit, ein umfassendes Konfliktmanagement etc.).

Dazu gehören u.a.:

- Psychisch auffällige Personen (mit Eigen- oder/und Fremdgefährdung), soweit noch nicht die Unterbringung nach dem Psychisch-Kranken-Gesetz greift, Verhinderung einer Unterbringung bzw. Unterstützung im Anschluss an die Unterbringung
- Mietrückstände, Wohnungssuche, Obdachlosigkeit oder von Obdachlosigkeit bedroht
- Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Hilfe bei der Suche nach Unterstützung (u.a. auch vor und nach Krankenhausaufnahme bzw. Entlassung, oder Therapie)
- Häusliche Gewalt
- Zerrüttete Familienverhältnisse, Trennungsfolgen
- Arbeitslosigkeit, Suchtprobleme, Schuldenproblematik
- unhygienische Wohnverhältnisse, (Verdacht von) Verwahrlosung
- (Finanzielle) Probleme wegen (langer) Entscheidungswege bei Sozialleistungsträger
- (Finanzielle) Probleme wegen anstehender (Entgiftungs)Therapie
- (Finanzielle) Probleme mit Energieversorgungsunternehmen

- Auswirkungen von Strafverfahren und Eingliederung in die Gesellschaft
- Notwendigkeit des Abschlusses von Vollmachten und Verfügungen (Vorsorge)
- Fachspezifische Beratungsangebote Dritter sammeln und an Bedürftige weitergeben
- Hilfestellung bei Antragstellungen (z.B. Wohngeldamt, Kreissozialamt, ArGe, Krankenkasse) und Vermittlung bei auftauchenden Problemen und Versagung von Ansprüchen
- Unterstützung bei der Rückkehr ins gesellschaftliche Leben (soziales Umfeld)

Die Tätigkeit des Sozialen Dienstes setzt eine Mitwirkung des/der Bedürftigen voraus, mit dem Ziel der Selbsthilfe. Es kann kein Zwang ausgeübt werden und es besteht für den/die Bedürftigen keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme des Dienstes. Das Beratungsangebot ist offen, jede/r kann es in Anspruch nehmen.

Ein Jahr Sozialer Dienst

Frau Andres-Reischle wird sich persönlich den Ausschussmitgliedern vorstellen und den Bericht um die Tätigkeit erklärende Fallbeispiele anreichern.

Frau Andres-Reischle erhielt den Auftrag für BürgerInnen Ansprechpartnerin in schwierigen Lebenslagen zu sein, die Notlage und den individuellen Bedarf zu ermitteln, um anschließend über Hilfemöglichkeiten aufklären zu können.

Da die Anliegen bisher in unterschiedlichen Ämtern in der Stadtverwaltung angezeigt wurden, stand das persönliche Kennenlernen der KollegInnen in den betroffenen Ämtern im Vordergrund, sowie die Klärung derer Erwartungen an die neue Stelle. Zu diesen Ämtern gehörten das Ordnungsamt, die Ortsbehörde (Rentenversicherungsstelle), die Unterbringungsbehörde (Obdachlose) und die im Haus befindliche Beratungsstelle des Pflegestützpunkt Zollernalbkreis. Gemeinsam wurde festgelegt, wie eine zukünftige Kontaktvermittlung, Weitergabe von Informationen unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Aspekte und eine kooperative Zusammenarbeit aussehen könnte.

Im nächsten Schritt wurde die Öffentlichkeit von der neuen Stelle informiert. Zum einen über eine neue Seite auf der städtischen Homepage, zum anderen über einen Zeitungsartikel in der regionalen Presse. Eine Postkarte mit Angaben zur Stelle wurde für die Öffentlichkeit entwickelt und in sozialen Einrichtungen verteilt. Zeitgleich wurden Polizeibehörden, soziale und karitative Einrichtungen und Institutionen, sowie Vereine aufgesucht, um deren Aufgabengebiete kennenzulernen. Schnittstellen wurden herausgearbeitet, um eine kooperative Zusammenarbeit zu entwickeln.

Aufgesucht wurden das Kinder- und Jugendbüro, die Fachberatungsstelle für Kindergärten, die ökumenische psychologischen Beratungsstelle, die Caritas, die Diakonie, der Gemeindenahe psychiatrische Dienst, die bruderhausDiakonie, die ISBA der Lebenshilfe Zollernalbkreis, das Jugendamt des Landratsamtes, die Erziehungsberatungsstelle und das Team, das für den Allgemeinen Sozialen Dienst des Landratsamt Zollernalb tätig ist. Später kamen hinzu der Sozialdienst des Zollernalb Klinikums für Albstadt, der Freundeskreis für Suchtkrankenhilfe Zollernalb e.V., die Betreuungsbehörde des Landratsamts, die Markt- und Integrationsberater beim Jobcenter, die ABA und deren Streetworker, das Jakobushaus in Balingen, der Verein Alt und Jung füreinander e.V., der Sozialverband Deutschland und der VDK Albstadt Ebingen.

Die Mehrheit der Hinweise auf Problemlagen kamen von MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, diverse Hinweise gab es auch seitens der Polizeidienststellen oder aus dem näheren Bekanntenkreis der Bedürftigen. Abhängig von der Situation des/der Betroffenen werden die Anfragen telefonisch, durch persönliche Gespräche im Büro oder im Rahmen von einem Hausbesuch erörtert.

Bei mehr als zwei Drittel der Anfragen geht es um eine Beratung zur Klärung der eigenen Situation. Häufig geht es darum herauszufinden welche Behörde kontaktiert werden muss oder welche Fachberatungsstelle längerfristig beraten könnte. Bei diesen Anfragen sind in der Regel 1-3 Termine zur Unterstützung ausreichend.

Bei 30% der Fälle reichen diese Termine nicht aus, hier ist eine längerfristige Begleitung notwendig. Das liegt zum Teil daran, dass die Klärung möglicher Hilfsangebote mehr Zeit benötigt, bzw. die Betroffenen nicht in der Lage sind, die Hilfsangebote zu nutzen oder ein geeignetes Hilfsangebot nicht existiert.

Die Beratung und Unterstützung bei Antragsstellungen gegenüber Ämtern und Behörden ist ein Schwerpunktthema. Viele Menschen wünschen eine Hilfestellung, bevor sie die Anträge stellen. Das Thema Krankheit mit seinen Folgen und Unterstützungsmöglichkeiten und die Frage der Schuldenbewältigung treibt die Menschen ebenfalls um.

Die Suche nach geeignetem Wohnraum ist ein weiteres wichtiges Themenfeld. Entweder weil eine Kündigung im Raume steht oder der finanzielle Spielraum einen Umzug erfordert. Dazu gehören auch Gespräche mit bereits obdachlos gewordenen Personen und die Erarbeitung von Wegen aus der misslichen Lage. Dazu gehört letztendlich auch die Vermittlung an fachspezifische (Beratungs)Angebote Dritter.

Durch die Corona-Krise hat sich die Arbeit des Sozialen Dienstes verändert, er ist zu einer Art „Hotline“ für diverse Anfragen und Anliegen geworden. Insbesondere Fragen zur finanziellen Absicherung (wo stelle ich welchen Antrag, wie erreiche ich welche Behörde?) und Anrufe wegen häuslicher Gewalt (und was sind notwendige Schritte bei einer eventuellen Trennung?) treten vermehrt auf.

Anstehende Aufgaben

Die Kommunikation innerhalb der Stadtverwaltung ist ausbaufähig. Die Präsenz in der Öffentlichkeit und die Netzwerkarbeit müssen verstärkt werden, weil die neue Stelle noch nicht überall bewusst wahrgenommen wird. Die längerfristige Begleitung von Menschen, die durch das bisherige soziale Netz fallen, muss stärker in Betracht gezogen werden, was aber personelle Kapazitäten binden würde, die derzeit nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.